



Nr. 1

9. Januar 2026

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Baden-Württemberg

[Einkommensrunde: Hagel will Tarifergebnis auf Besoldung übertragen](#)

Einkommensrunde

[Demonstration in Kiel: Der öffentliche Dienst hält zusammen](#)

dbb frauen

[Kreutz zum Kinderkrankengeld: „Positives Signal für Familien“](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Flexibel bleiben: Lebensarbeitszeitkonto wichtiges Instrument](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Rostock: Warnung vor Abbau der kommunalen Leistungsfähigkeit](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[KRITIS-Dachgesetz muss jetzt kommen – Anschlag in Berlin zeigt sofortigen Handlungsbedarf](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Baden-Württemberg

Einkommensrunde: Hagel will Tarifergebnis auf Besoldung übertragen

Baden-Württemberg wählt im März einen neuen Landtag. Im Gespräch mit den dbb-Chefs von Bund und Land bekennt sich CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel zum Berufsbeamtentum.

Der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer zeigte sich nach dem Treffen mit Hagel am 8. Januar 2026 zufrieden: „In Zeiten großer Unsicherheit ist ein funktionierender Staat wichtiger denn je. Dafür ist das Berufsbeamtentum unerlässlich. Ich bin froh, dass Manuel Hagel diese Sichtweise teilt.“ Das sei heute leider keine Selbstverständlichkeit mehr, wie etwa die Vorschläge von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas zur Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rente zeigten. Hagel sagte: „Ich stehe ohne Einschränkung zum Berufsbeamtentum. Zu seinen Grundsätzen gehören eine verlässliche Besoldung, eine sichere Altersversorgung nach dem aktiven Dienst sowie die Beihilfe im Krankheits- und Pflegefall. Diese Verlässlichkeit macht den öffentlichen Dienst stark und sichert seine Qualität und Loyalität.“

Mit Blick auf die laufende Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder sagte Kai Rosenberger, Vorsitzender des dbb-Landesbundes in Baden-Württemberg (BBW): „Nach Abschluss der Tarifverhandlungen dürfen Besoldung und Versorgung dürfen nicht außen vor bleiben. Ich bin froh, dass Manuel Hagel das genauso sieht.“ Dieser hatte im Gespräch bestätigt: „Die Ergebnisse des Tarifvertrags der Länder wollen wir als CDU zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und die Versorgung der Beamtinnen und Beamten, der Richterinnen und Richter sowie der Versorgungsempfänger übertragen. Reichen die Mittel im Personalglobaltitel dafür nicht aus, schaffen wir im Nachtragshaushalt die notwendige Grundlage. Denn eine amtsangemessene Besoldung ist kein Almosen, sondern eine Investition in ein funktionierendes Staatswesen.“

Einkommensrunde

Demonstration in Kiel: Der öffentliche Dienst hält zusammen

Mit einer Menschenkette aus 600 Leuten haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Kiel für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert.

„Wir zeigen heute deutlich: Der öffentliche Dienst hält zusammen. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, die Argumente der Politik sind längst abgewetzt“, betonte Kai Tellkamp, Landesbundvorsitzender des dbb schleswig-holstein, am 6. Januar 2026 auf der Kundgebung in Kiel. Zuvor hatten die Beschäftigten eine Menschenkette zwischen dem Finanzministerium und Staatskanzlei gebildet. „Ob in unseren Landesbehörden, in unseren Schulen, im Straßenbetriebsdienst oder bei der Polizei: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes halten das Land am Laufen – auch bei Eis und Schnee. Da ist es doch nicht zu viel verlangt, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder auch mal Einsatz zeigt, und endlich ein angemessenes Angebot vorlegt“, so Tellkamp. Die Beschäftigten fordern sieben Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 300 Euro mehr.

Daniel Schlichting, Landesvorsitzender der komba gewerkschaft schleswig-holstein,

machte auf den eklatanten Arbeitskräftemangel im öffentlichen Dienst aufmerksam: „Die Politik muss mehr Menschen für die Arbeit im öffentlichen Dienst zu begeistern. Das schafft sie nur mit Einkommen und Arbeitsbedingungen, die es mit der privaten Wirtschaft aufnehmen können. Sie schafft es nicht, indem sie den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten schlechtredet.“ Wer Beamten-Bashing betreibt, dürfe sich nicht wundern, wenn die Stellen unbesetzt bleiben. Allein demografisch bedingt werde in den nächsten zehn Jahren ein Viertel der Beschäftigten altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. „Die Politik darf diesen Arbeitskräfteverlust nicht künstliche befeuern“, stellte Schlichting klar.

Am Kloster Seeon hat der Bayerische Beamtenbund (BBB) eine Mahnwache anlässlich der CSU-Klausurtagung aufgestellt. BBB-Vorsitzender Rainer Nachtigall kritisierte dort die Blockadehaltung der Tarifgemeinschaft deutscher

Länder in der vergangenen Verhandlungsrunde: „Wertschätzung sieht anders aus.“

Schon vor Beginn der Verhandlungen hatte Ministerpräsident Söder angekündigt, das noch zu findende Ergebnis nur verzögert in den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen. Aus Sicht des BBB ist das ein No-Go. Mit der langjährigen Tradition der einheitlichen Beschäftigungsbedingungen im gesamten bayerischen öffentlichen Dienst - mit der der Freistaat bisher sehr gut gefahren sei – werde gebrochen. Betroffen sind die Menschen, die dem öffentlichen Dienst Tag für Tag ein Gesicht verleihen. „Diese Menschen stehen heute vor Ort, um bei den angereisten Politikern ein

klares Zeichen zu setzen: Sie kämpfen gemeinsam für einen starken öffentlichen Dienst!“, so Nachtigall.

Hintergrund:

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Es sind noch zwei weitere Verhandlungsrunden für den 15./16. Januar sowie den 11.-13. Februar 2026 vereinbart.

dbb frauen

Kreutz zum Kinderkrankengeld: „Positives Signal für Familien“

Die Sonderregelungen aus der Coronazeit zur Freistellung bei Erkrankung eines Kindes gelten weiter. Die dbb frauen begrüßen das ausdrücklich.

Für Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, bedeutet die Verlängerung mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf: „Dass die erweiterten Kinderkrankentage auch 2026 gelten, ist ein wichtiges und positives Signal an Familien und insbesondere an Frauen, die nach wie vor den Großteil der Sorgearbeit schultern. Verlässliche Regelungen beim Kinderkrankengeld sind die Voraussetzung dafür, dass Vereinbarkeit im Alltag tatsächlich funktioniert.“

Diese Regelungen gelten:

Eltern können 15 Arbeitstage pro Kind Kinderkrankengeld für die häusliche Betreuung eines kranken Kindes in Anspruch nehmen, statt regulär zehn.

Alleinerziehende haben weiterhin Anspruch auf 30 Arbeitstage pro Kind, statt regulär 20.

Bei mehreren Kindern beträgt der jährliche Gesamtanspruch: 35 Arbeitstage pro Elternteil,

statt 25; 70 Arbeitstage für Alleinerziehende, statt 50.

Insbesondere Alleinerziehende, überwiegend Frauen, werden auf diese Weise gezielt entlastet. Kreutz weiter: „Gerade Alleinerziehende brauchen Planungssicherheit; keine Unsicherheit darüber, ob sie Beruf und Kinderbetreuung miteinander vereinbaren können.“

Denn: Frauen tragen nach wie vor den überwiegenden Teil der Sorgearbeit und profitieren daher besonders von verlässlichen Regelungen beim Kinderkrankengeld. „Sorgearbeit gehört zur Lebensrealität von Familien und muss bei Arbeitsbedingungen und sozialer Absicherung strukturell mitgedacht werden“, erklärte die dbb frauen-Chefin. „Familienfreundliche Rahmenbedingungen dürfen nicht nur in Ausnahmesituationen gelten, sondern müssen dauerhaft verlässlich sein. Deshalb sollte die Regelung perspektivisch dauerhaft entfristet und an die Lebensrealitäten von Familien angepasst werden.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

Flexibel bleiben: Lebensarbeitszeitkonto wichtiges Instrument

„Schön, dass Ministerpräsident Söder endlich unsere Vorschläge zum Lebensarbeitszeitkonto aufgreift“, so Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) am 8. Januar 2026. Am Rande der jährlichen CSU-Klausurtagung in Kloster Seeon seien diese verstärkt thematisiert worden.

Der zunehmende Personalmangel im öffentlichen Dienst schein die Staatsregierung flexibler in dieser Richtung zu machen, nachdem dieses Anliegen des BBB jahrelang als nicht umsetzbar abgetan wurde. „Dann sollten aber auch weitere Instrumente ergriffen werden, so zum Beispiel die Möglichkeit, das Berufsleben über das Ruhestandsalter hinaus auszudehnen“, so Nachtigall.

Der BBB sieht Lebens- und Langzeitarbeitskonten als wichtiges Instrument, um Arbeitszeiten flexibler zu gestalten. Das gilt für beide Seiten: Beschäftigte können angesichts veränderter Lebensumstände reagieren, der Dienstherr hat die Möglichkeit Personalengpässe, oder -überhänge abzufedern.

„Keinesfalls aber dürfen Sie als Grundlage verstanden werden, um die generelle Wochenarbeitszeit durch die Hintertür zu verlängern“, betont Nachtigall. „Dem werden wir uns entschieden entgegenstellen!“

Die Personalvertretungen, der BBB und auch seine Mitgliedsgewerkschaften stünden aber jederzeit dazu bereit, flexibilisierende

Dienstvereinbarungen, die die Interessen beider Seiten berücksichtigt, mit den Ressorts auszuhandeln und abzuschließen.

„Die Flexibilisierung sollte sich aber ruhig auch auf das Ruhestandsalter beziehen“, meint Nachtigall. Der BBB plädiere seit Langem dafür, Beschäftigten die Möglichkeit einzuräumen, ihrem Dienstherrn auch über die gesetzliche Altersgrenze hinaus zur Verfügung zu stehen. „Hier müssen Hürden abgebaut und Anreize geschaffen werden!“, verlangte der BBB-Chef.

„Auch hier sollte die Staatsregierung deutlich flexibler werden“, meint der Vorsitzende. Der Bund habe die Übertragung der Aktivrente in den Beamtenbereich ausgeschlossen. Andere Bundesländer haben schon verschiedenste Anreize eingeführt, die eine freiwillige Weiterarbeit nach dem gesetzlichen Ruhestandsalter attraktiver machen und damit die Personaldecke verstärken. Hier müsse Bayern mit intelligenten Instrumenten nachziehen. Es liege im ureigensten Interesse des Landes, wenn es auf der Suche nach Arbeitskraft neue Modelle erprobe. Die freiwillige Weiterarbeit über die gesetzliche Altersgrenze hinweg, müsse da ganz oben auf die Agenda.

Mecklenburg-Vorpommern

Rostock: Warnung vor Abbau der kommunalen Leistungsfähigkeit

Der dbb m-v und die komba gewerkschaft m-v kritisieren die aktuellen Anträge von SPD, CDU und FDP/Unabhängige zur Personal- und Tarifpolitik der Hanse- und Universitätsstadt Rostock scharf.

Geplante Nachbesetzungssperren, ein pauschaler Zielstellenplan sowie der Prüfauftrag zu einem möglichen Austritt aus dem kommunalen Arbeitgeberverband mit dem Ziel des Abschlusses eines Haustarifvertrags gefährden nach Ansicht der Gewerkschaften massiv die kommunale Daseinsvorsorge.

„Schon heute arbeiten viele Beschäftigte an der Belastungsgrenze. Weitere Stellenstreichungen oder verzögerte Nachbesetzungen verschärfen den Personalmangel und führen unmittelbar zu längeren Bearbeitungszeiten für die Bürgerinnen und Bürger“, erklärte die Lan-

desvorsitzende der komba Mecklenburg-Vorpommern, Karoline Herrmann, am 8. Januar 2026.

Besonders kritisch bewerten komba und dbb m-v den Prüfauftrag zu einem möglichen Haustarifvertrag. Ein Austritt aus der Tarifbindung des TVöD würde die Stadt Rostock im Wettbewerb um Fach- und Nachwuchskräfte erheblich schwächen und die Abwanderung qualifizierten Personals begünstigen.

Der Landesvorsitzende des dbb m-v, Dietmar Knecht, betonte: „Wir fordern die Bürgerschaftsfraktionen auf, von tarifpolitischen Abenteuern, plakativen Kurzschlussreaktionen und pauschalem Personalabbau Abstand zu nehmen. Stattdessen braucht es gemeinsam entwickelte, tragfähige Lösungen zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung – im Interesse der Beschäftigten und aller Bürgerinnen und Bürger Rostocks.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

KRITIS-Dachgesetz muss jetzt kommen – Anschlag in Berlin zeigt sofortigen Handlungsbedarf

Die DPOIG fordert die sofortige Umsetzung des KRITIS-Dachgesetzes, um Betreiber gesetzlich zu verpflichten, Flughäfen, Bahnhöfe und Energieversorgung wirksam zu sichern. Der Terroranschlag auf das Stromnetz in Berlin zeigt: Der Schutz kritischer Infrastruktur muss höchste Priorität haben.

„Dieser Anschlag offenbart erneut unsere Verwundbarkeit. Betreiber von Einrichtungen der sogenannten kritischen Infrastruktur müssen gesetzlich verpflichtet werden, die Widerstandsfähigkeit ihrer Anlagen sicherzustellen“, betont Heiko Teggatz, stellvertretender Bundesvorsitzender der DPOIG und dbb-Vize. Zu diesen entsprechenden Schutzmaßnahmen zählen unter anderem ausreichender Perimeterschutz, fest installierte moderne Videotechnik und Drohnenabwehrmaßnahmen. Zudem müssen die Betreiber in regelmäßigen Abständen entsprechende Risikobewertungen vorlegen.

Teggatz: „Wir dürfen nicht erst handeln, wenn es brennt oder ein Terroranschlag passiert.“

Das KRITIS-Dachgesetz ist kein Nice-to-have – es ist überlebenswichtig. Betreiber müssen verpflichtet und Einsatzbehörden finanziell ausgestattet sein, damit der Staat und seine Bürger vor solchen Angriffen ausreichend und dauerhaft geschützt sind.“

Die DPOIG bedankt sich ausdrücklich bei allen Einsatzkräften – Polizei, Feuerwehr, THW und weiteren Hilfsorganisationen und allen freiwilligen Helfern –, die in Berlin seit Tagen unter höchster Belastung Hilfsbedürftige unterstützt, Notstrom bereitgestellt und die Versorgung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen gesichert haben.

Namen und Nachrichten

Ab dem 1. Januar 2026 gilt in Berlin eine neue Besoldungstabelle für die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Grundlage ist das Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2024 bis 2026. Zum 1. November 2024 wurden die Grundgehaltssätze um einen festen Betrag von 275,05 Euro angehoben. Ab 1. Februar folgte eine weitere Anhebung der Grundgehälter um 5,9 Prozent. Mit der abschließenden Anpassung von 0,4 Prozent zum 1. Januar 2026 ist die Umsetzung

des Gesetzes vollständig abgeschlossen. Die aktuelle Besoldungstabelle Berlin 2026 steht auf www.dbb.de zur Verfügung.

Olaf Wietschorke, Vorsitzender des **dbb Bremen**, folgten am 7. Januar 2026 der Einladung der Bremer Grünen zu deren Neujahrsempfang im Übersee-Museum Bremen. Anknüpfend an den Austausch mit Henrike Müller, der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, konnte Wietschorke auch ein Gespräch mit dem neuen Bremer Fraktionssprecher der Grünen,

Emanuel Herold führen. Gerne nahm er unser Angebot für einen intensiveren Gesprächstermin an. Mit Staatsrat Martin Hagen diskutierte

er außerdem über den Sachstand der amtsangemessenen Alimentation.

Termine:

11.-13. Januar 2026
dbb Jahrestagung 2026
„Starker Staat – krisenfest und bürgernah“
Weitere Informationen unter www.dbb.de

15.-16. Januar 2026
Einkommensrunde der Länder 25/26
2. Verhandlungsrunde
Weitere Informationen unter www.dbb.de

11.-13. Februar 2026
Einkommensrunde der Länder 25/26
3. Verhandlungsrunde
Weitere Informationen unter www.dbb.de